

Referat/e: Stadtkämmerei	Haupt-/Abteilung(en), (Bereich): Geschäftsleitung, SKA-GL/3	Federführung: Stadtkämmerei
Arbeitstitel geplanter Beschluss: <i>EU-Richtlinie zur eRechnung; Umsetzung bei der LHM, Ressourcen zur Fortführung des Projekts eRechnung</i>		

**1. Aufgabe****1.1 Beschreibung der Aufgabe:**

Bedarf an Fachanalysten und Beratungsleistung für die Umsetzung des Projekts e-Rechnung. Wie im Beschluss Nr. 14-20 / V 04185 FA/VV 15./16.03.2016 angekündigt erfolgt aufbauend auf dem Ergebnis des Vorprojekts eine Beschlussvorlage zur Umsetzung des Projekts eRechnung. Im Rahmen des Beschlusses werden Ressourcen zur Durchführung des Projekts beantragt; die Beschlussfassung ist für September 2018 vorgesehen

Die Landeshauptstadt München ist verpflichtet bis zum 27.11.2019 den Empfang und die Verarbeitung elektronischer Rechnungen sicher zu stellen. Die Grundlagen dafür sind die EU-Richtlinie 2014/55/EU und das Bayerische E-Government-Gesetz.

Das bedeutet, dass der derzeitige Papier-gestützte Prozessablauf vom Empfang einer Rechnung bis zur Auszahlung durch IT-gestützte Abläufe ersetzt werden muss. Erforderlich ist die Implementierung von IT-Lösungen für den Rechnungsempfang, die Weiterleitung (Workflow), die revisionssichere Archivierung und die elektronische Signatur.

Aufgrund der Verfahrenslaufzeiten, insbesondere für die erforderliche Europa-weite Ausschreibung wird es bis November 2019 nur möglich sein, die gesetzlichen Mindestanforderungen für den Rechnungsempfang und die Verarbeitung sicher zu stellen. Ein durchgängiger elektronischer Workflow sowie die revisionssichere Archivierung werden erst im Anschluss realisiert werden können. Die Dauer des Projekts wird daher über 2019 hinaus gehen. Für das dritte Quartal 2018 ist die Befassung des ehrenamtlichen Stadtrats mit der Einführung der eRechnung bei der Landeshauptstadt München vorgesehen.

Die erforderlichen Ressourcen für die Einführung der eRechnung können nicht vollständig aus dem Bestand bereitgestellt werden. Es sind befristet auf die Projektlaufzeit zwei zusätzliche Stellen im Anforderungsmanagement der Stadtkämmerei erforderlich. Da es nicht zielführend erscheint für befristete Aufgaben ausschließlich eigene Kapazitäten vorzuhalten, soll ein Teil der Aufgaben durch externe Dienstleistung erledigt werden. Dafür werden 500.000 EUR benötigt.

Mit diesen Ressourcen sollen die Durchführung der Vergabe (Erstellung der Ausschreibungsunterlagen und Bewertung der Angebote), die Erstellung von fachlichen Feinkonzepten zur Abbildung der Prozesse in der zu beschaffenden Software, sowie die Begleitung der Implementierung und der Produktivsetzung erfolgen.

Nach vorläufiger Einschätzung sind von den Sachkosten i.H.v. 500.000 € ca. 50% für fachliche Beratungsleistungen bei der Stadtkämmerei sowie ca. 50 % für IT-Beratungsleistungen beim RIT zu veranschlagen. Die Verteilung auf die beiden Referate kann sich bei der weiteren Konkretisierung der geplanten Beschlussvorlage ggf. noch verändern.

**1.2 Aufgabenart**

Pflichtaufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	bürgernahe Aufgabe <input type="checkbox"/>
Daueraufgabe <input type="checkbox"/>	zeitlich begrenzte Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	

Begründung:

- Pflichtaufgabe: Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen aus Art. 5 Abs. 2 BayEGovG
- zeitlich begrenzte Aufgabe: ja, es handelt sich um ein Projekt

<b>1.3 Auslöser des Mehrbedarfs</b>		
inhaltlich/ qualitative Veränderung der Aufgabe <input type="checkbox"/>	neue Aufgabe <input checked="" type="checkbox"/>	quantitative Aufgabenausweitung <input type="checkbox"/>
<p>Erläuterung:</p> <p>Gem. Art. 5 Abs. 2 BayEGovG i.V.m. Art. 19 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 BayEGovG müssen Rechnungen aus überschwelligen Vergaben ab 27.11.2019 elektronisch empfangen und verarbeitet werden können (Baufträge ab 5,548 Mio. €, Liefer-Dienstleistungen ab 221.000 €). Die Verpflichtung für Empfang und Verarbeitung von Rechnungen im Bereich unterhalb des Vergabe-Schwellenwerts wird mit dem in Vorbereitung befindlichen Erlass einer Bayerischen Ausführungsverordnung erwartet.</p> <p>Mit der aktuellen IT-Software-Ausstattung ist die Umsetzung der eRechnung nicht vollständig möglich. Daher ist ein Projekt zur Einführung entsprechender IT-Lösungen notwendig. Das dafür benötigte Personal im Bereich des Anforderungsmanagements der Stadtkämmerei kann nicht vollständig aus dem Bestand gedeckt werden, da das vorhandene Personal in anderen IT-Projekten (z.B. PSCD, neuer Haushalt München) eingesetzt ist. Ohne Personalzuschaltung ist es deshalb nicht möglich, die eRechnung bei der Landeshauptstadt München umzusetzen.</p> <p>Die Anmeldung der personellen Ressourcen erfolgt direkt durch die Stadtkämmerei. Die Sachkosten werden zu je 50 % von der Stadtkämmerei und von RIT angemeldet.</p>		

<b>2. Finanzielle Auswirkungen</b>	
<b>2.1 konsumtiv</b>	
2.1.1 Einzahlungen	0 €
2.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0 €
2.1.1.2 Sonstige Transfereinzahlungen	0 €
2.1.1.3 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.1.1.4 Privatrechtliche Leistungsentgelte	0 €
2.1.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0 €
2.1.1.6 Sonstige Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0 €
2.1.2 Auszahlungen	0 €
2.1.2.1 Personalauszahlungen	133.400 €
2.1.2.2 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.600 €
2.1.2.3 Transferauszahlungen	0 €
2.1.2.4 Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	250.000 €
<b>2.2 investiv</b>	
2.2.1 Einzahlungen	0 €
2.2.2 Auszahlungen	4.740 €

<b>3. Geltend gemachter Bedarf (Ergebnis der Stellenbemessung)</b>			
geltend gemachter Stellenmehrbedarf	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	2,00	2,00	QE3, FR IT
bereits für die Aufgabe eingesetzt	<b>VZÄ</b>	<b>davon befristet VZÄ</b>	<b>QE, FR</b>
	1,0	1,0	QE3, FR IT

<b>4. Bemessungsgrundlage</b>
<p>Erläuterung der Bemessungsmethode und des Rechengangs:</p> <p>Die Grundlage für den oben geltend gemachte Stellenbedarf ergibt sich aus der Aufwandsschätzung für die derzeitige Projektplanung des Projekts e-Rechnung . Aufgrund dieser Aufwandsschätzung hat sich der geforderte, befristete Mehrbedarf von 2,0 VZÄ ergeben.</p>

<b>5. Alternativen zur Kapazitätsausweitung (Ausführungen sind zwingend erforderlich!)</b>
<p>5.1 Erläuterung der Alternativen zur Kapazitätsausweitung:</p> <p>Die beantragten Kapazitäten für das Projekt e-Rechnung sind zwingend erforderlich.</p> <p>Eine Umverteilung von vorhandenen Kapazitäten aus bereits laufenden Projekten kann nicht empfohlen werden. Hierzu müsste eine Priorisierung dieser Projekte über eine Stadtratsentscheidung erwirkt werden, die die Dringlichkeit und Bedeutung abwägt und die Projekte entsprechend nachrangig um-priorisiert, um bisher dort eingesetztes Personal für die Umsetzung der E-Rechnung nutzen zu können. Die Stadtkämmerei hat in der Vergangenheit stets nur die allernötigsten Projekte zur Umsetzung vorgeschlagen. Aus Sicht der Stadtkämmerei sind daher alle Projekte gleich wichtig und dringlich. Zudem befinden sie sich in einem fortgeschrittenen Projektstadium. Bereits investierte Ressourcen würden bei einer Unterbrechung verpuffen. Diese Alternative scheidet nach Auffassung der Stadtkämmerei deshalb aus.</p> <p>Interne Ressourcen völlig durch externe Ressourcen zu ersetzen ist nicht zielführend, weil so kein nachhaltiges Wissen für die LHM aufgebaut werden kann. Dieses ist jedoch notwendig um nach Projektende den Betrieb des Systems aufrecht erhalten und um die Geschäftsprozesse laufend verbessern und aktualisieren zu können. Wie bereits ausgeführt kann allerdings ein Teil der befristeten Aufgaben durchaus unter Inanspruchnahme externer Dienstleistungen erledigt werden. In welchem Umfang dies Sinn macht wurde durch das Projekt e-Rechnung geprüft. Zur Ergänzung der internen Kapazitäten werden zur Erledigung der nur innerhalb der Projektlaufzeit anfallenden Aufgaben externe Beratungsleistungen im Umfang von 500.000 € beantragt (je 250.000 € SKA und RIT).</p>
<p>5.2 Beschreibung der Auswirkungen, wenn Zuschaltung nicht erfolgt:</p> <p>Wenn eine Zuschaltung der geforderten Ressourcen nicht erfolgt, kann das Projekt e-Rechnung nicht durchgeführt werden. Durch den laufenden Betrieb, sowie laufende Projekte sind die vorhandenen Kapazitäten gebunden.</p>

<b>6. zusätzlicher Büroraumbedarf</b>
<p>6.1 Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen:</p> <p>Bedarf in qm: 50qm (2*25qm)</p>
<p>6.2 Begründung/Berechnung:</p> <p>Die Stadtkämmerei hat bereits jetzt aufgrund der zu hohen Raumbelagungsdichte einen durch das</p>

Kommunalreferat anerkannten Entzerrungsbedarf. Räumliche Kapazitäten für neue Stellen sind nicht vorhanden.